

BTI 2020 | Im harten Griff der Autokraten

Regionalbericht Naher Osten und Nordafrika

Von Jan Claudius Völkel*

Überblick zu den Transformationsprozessen in Ägypten, Algerien, Bahrain, Irak, Iran, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Oman, Saudi-Arabien, Sudan, Syrien, Türkei, Tunesien und den Vereinigten Arabischen Emiraten



Dieser Regionalbericht analysiert die Ergebnisse des Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) 2020 im Untersuchungszeitraum vom 1. Februar 2017 bis zum 31. Januar 2019. Weitere Informationen finden Sie unter www.bti-project.de.

Zitiervorschlag: Jan Claudius Völkel, Im harten Griff der Autokraten. BTI 2020 – Regionalbericht Naher Osten und Nordafrika, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2020.

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

* Dr. Jan Claudius Völkel ist Senior Researcher am Arnold-Bergstraesser-Institut der Universität Freiburg und BTI-Regionalkoordinator für den Nahen Osten und Nordafrika.

Einleitung

2020 jährt sich der Ausbruch des arabischen Frühlings zum zehnten Mal. Nach Jahrzehnten der Tyrannei und Misswirtschaft kam es zu Massenprotesten in nahezu allen arabischen Ländern, um für Demokratie und soziale Gerechtigkeit einzutreten. Die Abdankungen von Langzeitdiktatoren wie Zine Abedin Ben Ali in Tunesien (14. Januar 2011) und Hosni Mubarak in Ägypten (11. Februar 2011) wurden im In- und Ausland teils frenetisch gefeiert, teils von ungläubigem Staunen begleitet.

Anfang 2019 wiederholten sich die Nachrichten und Bilder, diesmal aus Algerien und dem Sudan. Über Wochen protestierten Tausende auf den Straßen von Algier, Khartum und anderswo gegen die jahrzehntelange Willkürherrschaft und Klientelismus. Am 2. April 2019 trat Abdelaziz Bouteflika nach 20 Jahren an der Spitze des algerischen Staates zurück, sein sudanesischer Amtskollege Omar al-Bashir folgte am 11. April 2019, nach 26 Jahren im Präsidentenamt. Beide wurden in vergleichbarer Weise von den jeweiligen Sicherheitskräften zum Rücktritt gedrängt.

Werden die Wechsel an der Staatsspitze in Algerien und Sudan nennenswerte Änderungen in beiden Staaten bringen? Die Daten und Analysen aus den zurückliegenden Ausgaben des BTI lassen Zweifel aufkommen. Denn nach den verheißungsvollen Umbrüchen im Jahr 2011 wurde schnell klar, dass der erhoffte Weg zu Demokratie und inklusivem Wirtschaftswachstum nicht leicht zu gehen sein würde. Jemen, Libyen und Syrien glitten in zerstörerische Kriege, der „Islamische Staat“ breitete sich mit seiner Schreckensherrschaft in weiten Teilen der Levante sowie in einigen Gebieten Nordafrikas aus, in Ägypten putschte sich die Armee im Sommer 2013 zurück an die Macht und unterdrückte Oppositionelle stärker denn je, und in vielen weiteren Ländern nahmen die Regime schrittweise die (bescheidenen) Freiheitsfortschritte zurück, die sie 2011 unter dem Druck der Proteste zugestanden hatten. Einzig Tunesien konnte den Transformationskurs halten und ist das mit weitem Abstand demokratischste Land der Region.

Die Daten des BTI verdeutlichen diese insgesamt enttäuschenden Entwicklungen auf eindruckliche Weise, und mahnen deshalb auch für Algerien und Sudan zur Skepsis. In beiden Ländern erinnern die jüngeren Ereignisse eher an Ägypten denn an Tunesien: Trotz Austauschs an der Staatsspitze lassen sich die alten Eliten die Macht nicht nehmen, und ihre Sicherheitsorgane halten die Situation weiterhin unter Kontrolle. Es sind genau diese ausgeprägten Beharrungskräfte des „deep state“, dem alle Institutionen durchdringenden Macht Netzwerk politischer, militärischer und wirtschaftlicher Eliten, die politischen Wandel trotz großen Drucks von der Straße so mühsam machen und letztlich nahezu überall in der Region (mit Ausnahme Tunesiens) bislang vereitelt haben. Mehr noch: die neuen, alten Machthaber sind fest entschlossen, eine Untergrabung ihrer Autorität und Forderungen nach Demokratie kein zweites Mal zuzulassen. Entsprechend bleibt die Repression allgegenwärtig und der Status politischer Transformation auf dem Tiefststand.

Zum kontinuierlichen regionalen Abwärtstrend in allen Untersuchungsdimensionen des BTI hat in den letzten Jahren maßgeblich die Türkei beigetragen. Im Bereich der politischen Transformation hat die Türkei nun erstmals demokratische Mindeststandards hinsichtlich Pressefreiheit, Gewaltenteilung und Schutz der Bürgerrechte unterschritten und wird entsprechend vom BTI als Autokratie klassifiziert. Auch im wirtschaftlichen Transformationsprozess büßte das Land deutlich an Stabilität

und Rechtssicherheit ein und weist somit insgesamt im Status-Index nur noch eine eingeschränkte und derzeit rückläufige Transformationsdynamik auf. Im Governance-Index wird der Türkei gar nur noch eine „schwache“ Regierungsleistung bescheinigt, nachdem sie im BTI 2016 noch als einziges Land der Region unter den Staaten mit einer „guten“ Regierungsleistung zu finden war. Hier sind gleich acht Staaten in Nordafrika und dem Nahen Osten nun besser bewertet.

In einer Region mit durchgängig niedrigem Transformationsniveau gibt allein Tunesien Anlass zur Hoffnung. Selbst im Bereich der marktwirtschaftlichen Reform, seit 2011 größte Schwachstelle des Landes, ist Tunesien nun die beste nicht-ölbasierte Volkswirtschaft. Positiv sind auch die Entwicklungen im Libanon, der nach einer überfälligen Wahlrechtsreform und durchgeführten Wahlen in den Kreis der Demokratien zurückgefunden hat.

Wenig Änderungen hat es in den „zerfallenden Staaten“ der Region gegeben: Jemen, Libyen und Syrien werden weiterhin als „Failing States“ geführt, insbesondere im Jemen hat sich die Situation im Vergleich zum BTI 2018 weiter verschlechtert. Die Vereinten Nationen bezeichnen die bürgerkriegszerrütteten Zustände im Land als „größte humanitäre Katastrophe unserer Zeit“. Jemen liegt im Status-Index nun regional auf dem letzten Platz, selbst im globalen Ranking lediglich unterboten von Somalia.

Politische Transformation

Weltweit ist die Demokratie auf dem Rückzug, und dies gilt insbesondere für Nordafrika und den Nahen Osten. Herauszuheben ist die Türkei, die in den vergangenen Jahren dramatische politische Rückschritte verzeichnete. Auffällig sind die kontinuierlichen und deutlichen Erosionen hinsichtlich der politischen Beteiligungsrechte und der Rechtsstaatlichkeit, die verdeutlichen, dass es sich nicht um einen abrupten Regimewandel, sondern um eine stetige Aushöhlung demokratischer Standards handelt. Dies zeigt sich im Vergleich zum BTI 2012, in dem die Türkei ihre Bestbewertungen erreicht hatte. Die Niederschlagung der Gezi-Protteste 2013, die harschen Reaktionen im Nachgang des gescheiterten Putschversuchs vom Juli 2016 und die umfassenden Verfassungsreformen 2017 führten zu einer stetig anwachsenden Machtkonzentration im Präsidentenpalast, die schließlich das Maß einer noch als demokratisch zu bezeichnenden Gewaltenteilung unterschritt. Folgerichtig verlor die Türkei im Status der politischen Transformation seit dem BTI 2012 satte 2,73 Punkte, von ehemals 7,65 auf nur noch 4,92. Erstmals ist die Türkei keine Demokratie mehr, sondern eine Autokratie, die allerdings im Vergleich mit noch repressiveren Regimen als „gemäßigt“ eingestuft wird.

Tab. 1: Entwicklungsstand der politischen Transformation

sich konsolidierende Demokratien	defekte Demokratien	stark defekte Demokratien	gemäßigte Autokratien	harte Autokratien
Werte 10 bis 8	Werte < 8 bis 6	Werte < 6	Werte ≥ 4	Werte < 4
	Tunesien	Libanon ▲	Türkei ▼	Irak
			Algerien	Katar
			Kuwait	Vereinigte Arab. Emirate ▼
			Jordanien	Marokko
				Ägypten
				Bahrain
				Oman
				Iran
				Libyen ●
				Saudi-Arabien
				Sudan
				Syrien ●
				Jemen ●

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2020. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung des Demokratie-Status angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2018, Punkte bezeichnen zerfallende Staaten.

Neben der Aushebelung der Gewaltenteilung und dem unzureichenden Schutz von Bürgerrechten wurde die Türkei auch aufgrund der starken Einschränkungen von Presse- und Meinungsfreiheit zur Autokratie abgestuft. Etliche ehemals unabhängige Zeitungen wurden auf Regierungslinie gebracht oder ganz geschlossen, mehr als 160 Journalisten saßen Ende 2018 im Gefängnis, so dass der aktuelle Türkei-Länderbericht von „systematischer Einschüchterung und Bedrohung von Journalisten, Selbstzensur, und restriktiven Maßnahmen gegen Medienorgane“ spricht. Neben Einschränkungen der Wahlqualität und der Unabhängigkeit der Justiz wurde auch die Zivilgesellschaft zur Zielscheibe: 1.400 Vereinigungen wurden per Notstandsdekret seit dem Putschversuch aufgelöst. Schließlich ist die Ausweitung der staatlichen Verletzungen von individuellen Grundfreiheiten kritisch zu benennen. Eine ausgesprochen hohe Zahl von Inhaftierten wird ohne ordentliche Anklage festgehalten, zudem wurden umfangreiche Entlassungen aus dem öffentlichen Dienst vorgenommen, wenn Beamte und Angestellte der Mitgliedschaft in der Gülen-Bewegungen oder der Unterstützung der Opposition verdächtigt wurden. Daran änderte auch die formelle Aufhebung des Aufnahmezustands im Juli 2018 kaum etwas.

Die Verluste der Türkei im Vergleich zum BTI 2018 (-0,63) trugen wesentlich dazu bei, dass die gesamte MENA-Region im BTI 2020 hinsichtlich ihres politischen Transformationsstands abermals verloren hat: der Durchschnittswert von 3,60 Punkten kennzeichnet den niedrigsten vom BTI gemessenen politischen Entwicklungsstand und damit auch das höchste Ausmaß an Repression. Nimmt man den BTI 2010 zum Maßstab, in dem die MENA-Region ihre bislang beste Bewertung des politischen Transformationsstatus erreichte (4,21), so lässt sich im Regionaldurchschnitt ein deutlicher Rückgang um 0,61 Punkte feststellen – und das trotz der beeindruckenden Gesamtentwicklung Tunesiens seit der Revolution 2011.

Das vergleichsweise kleine Land im Herzen Nordafrikas hat in der Tat Einzigartiges erreicht: Als ehemalige „harte Autokratie“ unter Langzeitpräsident Ben Ali hat sich Tunesien im Bereich der „defekten Demokratien“ etabliert und auch im aktuellen Berichtszeitraum sein Niveau gehalten. Im Vergleich zum BTI 2010 steht das Land um ganze 2,77 Punkte besser da – dies ist eine der stärksten Verbesserungen, die im BTI je gemessen wurde. Im Untersuchungszeitraum resultierte die konstatierte Stabilisierung des Demokratieniveaus insbesondere aus den 2018 durchgeführten Kommunalwahlen, die lokale Verwaltungseinheiten erstmals demokratisch legitimierten und als wichtiger Schritt zu mehr Dezentralisierung verstanden werden. Allerdings lässt die Einrichtung eines Verfassungsgerichts weiterhin auf sich warten, da der greise und mittlerweile verstorbene Staatspräsident Béji Caïd Essebsi, von vielen als Vertreter des alten Regimes angesehen, die Etablierung dieser höchsten juristischen Kammer nicht vorangetrieben hatte.

Gelang Tunesien die weltweit größte Verbesserung seit dem BTI 2010, so trifft auf den Jemen tragi-scherweise das Gegenteil zu: mit einem Rückgang um 2,73 Punkte im politischen Transformationsstatus hat sich das Land im Süden der Arabischen Halbinsel binnen zehn Jahren so stark verschlechtert wie kein anderes – und dies von einem eh schon niedrigen Niveau aus. Im aktuellen Berichtszeitraum verlor der Jemen weitere 0,30 Punkte und zählt seit dem BTI 2016 zu den „zerfallenden Staaten“. Die Lage im Land ist verheerend, 24 der insgesamt 28 Millionen Jemeniten gelten als hilfsbedürftig. Den Kriegshandlungen der verschiedenen Milizen, aber auch den Luftschlägen der internationalen Koalition rund um Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate fielen allein im Jahr 2018 etwa 30.000 Menschen zum Opfer, Krankheiten wie die Cholera haben massiv um sich gegriffen. Syrien, ebenfalls ein „zerfallender Staat“, hat sich auf sehr niedrigem politischen Transformationsniveau von lediglich 1,80 Punkten nach der Rückdrängung des „Islamischen Staats“ (IS) zumindest etwas stabilisiert. Die Rückerlangung der Kontrolle über weite Teile Syriens verbessert die Lage der Zivilbevölkerung allerdings kaum: Das Regime um Bashar al-Assad, ermutigt nicht zuletzt durch Unterstützung aus Russland und dem Iran, hat mit erbarmungsloser Härte gegen vermeintliche oder tatsächliche Regimekritiker durchgegriffen. War der Schutz der Bürgerrechte schon zuvor katastrophal, wurden auch die Versammlungs- und Vereinigungsrechte weiter eingeschränkt. Keine Frage, diktatorischer als das Regime von Bashar al-Assad kann man sich seiner eigenen Bevölkerung gegenüber kaum verhalten.

Libyen, der dritte „zerfallende Staat“ der Region, ist nach wie vor von Chaos und unkontrollierten Machtrivalitäten gekennzeichnet. Die Milizen von General Khalifa Haftar, ehemals Herrscher über insbesondere Ostlibyen, haben sich im Berichtszeitraum militärisch Richtung Westen ausgebreitet und monatelang die Hauptstadt Tripoli belagert – trotz eines Waffenstillstandsabkommens vom Juli 2017 zwischen Haftar und Fayeza Mustafa al-Sarraj, dem damaligen „West-Ministerpräsidenten“ und späteren Vorsitzenden des Präsidialrates des „geeinten“ Libyens. Auch Bemühungen, eine Einheitsregierung zu etablieren, wie seit dem Libyan Political Agreement (LPA) von 2015 vereinbart, werden durch die anhaltende Weigerung insbesondere einiger östlicher Institutionen und Milizen gelähmt, sich der neuen Regierung unterzuordnen. Folgerichtig verlor Libyen im Gesamtwert der politischen Transformation erneut und sank im Vergleich zum BTI 2018 um weitere 0,12 Punkte auf nun 2,45. Auch wenn die Grenze nun nicht mehr so eindeutig zwischen West und Ost verläuft, scheinen die Gräben zwischen denen, die das LPA unterstützen, und denen, die es ablehnen, nach wie vor unüberbrückbar. Die für 2018 ursprünglich angesetzten landesweiten Wahlen konnten deswegen bislang

nicht durchgeführt werden. Ende 2018 waren mehr als 1,1 Millionen Menschen auf internationale Hilfe angewiesen, Schreckensberichte über Folter und sexuelle Ausbeutung aus staatlichen wie von regionalen Milizen betriebenen Haftanstalten sind bedrückend.

Der Zerfall Libyens dient in den benachbarten Ägypten und Algerien häufig als Argument für die Unterstützung der bestehenden Militärregime. Während in Kairo das Militär nach der zwischenzeitlichen Dominanz der Muslimbruderschaft und dem anschließenden Coup vom Juli 2013 seine Macht inzwischen vollumfänglich wiederhergestellt und zementiert hat, kamen die Massenproteste gegen Abdelaziz Bouteflika Anfang 2019 eher überraschend. Die Bevölkerung des vom BTI als gemäßigte Autokratie eingestuften Algeriens galt vielen Beobachtern nach den traumatischen Erfahrungen des Bürgerkriegs während der 1990er Jahre als kriegsmüde und stabilitätsfixiert. Daraus hatte sich auch die besondere Position von Staatspräsident Bouteflika abgeleitet, der von vielen aufgrund seiner ausöhnenden Rolle bei der Beendigung des Konflikts als Garant von Stabilität angesehen worden war. Dessen Ankündigung jedoch, auch für eine fünfte Amtszeit bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2019 zu kandidieren, wurde von vielen Algeriern angesichts seiner schweren gesundheitlichen Beeinträchtigung und der scheinbar alternativlosen Fortschreibung seiner Herrschaft als Ausdruck der bleiernen Trägheit eines Regimes aufgefasst, das zunehmend reformfeindlich und auch repressiv agierte. Unter Druck geraten aufgrund einer wirtschaftlichen Talfahrt, die teilweise auf die seit 2014 stark gefallen Rohstoffpreise und die dadurch sinkenden Einnahmen aus dem Gasgeschäft zurückzuführen war, reagierte die Regierung mit einer schärferen Verfolgung von kritischen Bloggern und Journalisten. Die Mehrheit der Algerier zeigte sich zunächst apolitisch und blieb den Parlamentswahlen 2017 fern, lehnte sich dann aber in etlichen Streiks gegen die herrschende Misswirtschaft auf, ehe die Bekanntgabe von Bouteflikas erneuter Kandidatur die landesweiten Proteste auslöste, die letztlich zu seiner Absetzung führten.

Die nahezu zeitgleich im Sudan (-0,22 im Vergleich zum BTI 2018, 2,02 als aktueller Gesamtwert der politischen Transformation) aufgekommenen Massenproteste gegen das Regime von Präsident Omar al-Bashir lenkten die internationale Aufmerksamkeit auf ein Land, dessen Regime als eines der kleptokratischsten der Welt gilt und dessen sozioökonomischer Entwicklungsstand besonders niedrig ist. Der Human Development Report der Vereinten Nationen 2018 stufte Sudan mit einem Wert von 0,502 und Rang 167 auf einem Level mit Afghanistan als ein Land mit niedriger Entwicklung ein. Die Protestbewegungen im Sudan und den anderen arabischen Autokratien sind jedoch nicht alleine auf sozioökonomische Ursachen zurückzuführen. Sie scheinen eher mit der ständigen Missachtung der menschlichen Würde der Bürger durch die autokratischen Regime in Verbindung zu stehen, die sich in limitierten politischen Freiheiten, nicht-inkluisiven Wirtschaftssystemen und ungenügenden persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten manifestieren, sei es durch blanke Armut oder auch mangelnde Bildungsangebote. Die Langzeitherrschaft einzelner Diktatoren symbolisiert diese dauerhafte Missachtung der eigenen Würde zunehmend, so dass die Unzufriedenheit und somit das Protestpotential beständig zunimmt – wenn oftmals auch zunächst über einen längeren Zeitraum unter der Oberfläche.

Proteste und bürgerliches Aufbegehren haben im Libanon für positive Veränderungen gesorgt – das Land wird im BTI wieder als Demokratie geführt, die allerdings ausgeprägte Defizite aufweist. Nach der Müllkrise 2014 haben Bewegung wie „You Stink“ oder „Beirut Madinati“ (Meine Stadt Beirut)

wiederholt gegen die Unfähigkeit der politischen Entscheidungsträger protestiert, und bei den am 6. Mai 2018 endlich durchgeführten Parlamentswahlen (die seit 2013 ausgesetzt waren) nahmen mit „Kulluna Watani“ (Wir sind alle patriotisch) und ähnlichen Vereinigungen erstmals Vertreter teil, die sich nicht auf die klassischen religiösen Zugehörigkeiten berufen, sondern konfessionsübergreifend und programmatisch ausgerichtet sind. Es wäre verfrüht, von einer echten Zeitenwende im Libanon zu sprechen, denn der Erfolg dieser neuen Bewegung bei den Wahlen war marginal. Sowieso wird es aber nicht allein auf die innerlibanesischen Dynamiken ankommen, sondern auch auf die künftigen Entwicklungen in den direkten Nachbarländern Israel und Syrien sowie im Iran; die Rolle der Hizbullah als einflussreichste Miliz im Libanon wird dabei von besonderer Bedeutung sein.

Positiv sind auch die Entwicklungen im Irak gewesen. Hierfür waren nicht nur die Rückeroberungen ehemals vom „IS“ kontrollierter Gebiete von Bedeutung (auch wenn diese oftmals mit eklatanten Kriegsverbrechen der Armee und kooperierender Milizen einhergingen), sondern auch der Amtsantritt des neuen Ministerpräsidenten Adel Abdul-Mahdi, dessen ausgleichender Führungsstil viel zu verbesserten Beziehungen zwischen Schiiten, Sunniten und Kurden beigetragen hat. In einem auch symbolisch bedeutsamen Schritt erklärte beispielsweise das irakische Bildungsministerium im Dezember 2018 die kurdische Sprache zum Lehrinhalt an Grund- und weiterführenden Schulen ab dem Jahr 2019/2020.

Alle weiteren Länder der Region haben lediglich minimale Veränderungen durchlaufen, meist zum Schlechten hin. Nicht vergessen werden darf dabei allerdings, dass Länder wie Saudi-Arabien in vielen Bereichen bereits auf derart schlechten Niveaus rangieren, dass weitere Abwertungen kaum möglich sind. Dazu zählt auch Ägypten, dessen politischer Transformationsstatus sich allerdings noch um weitere 0,20 Punkte verschlechterte. Verantwortlich hierfür waren insbesondere weitere Einschnitte bei der Meinungsfreiheit und den bürgerlichen Rechten – das Regime von Präsident Abdel Fattah al-Sisi hat in seiner Unterdrückungspolitik sämtliche Hemmungen abgelegt. So erleichtert eine Gesetzesnovelle das Überwachen von Onlineaktivisten, während bis zu 60.000 politische Gefangene in völlig überfüllten Gefängnissen höchst unzureichend betreut und versorgt werden. Der Kollaps und anschließende Tod des früheren Präsidenten Mohamed Morsi am 17. Juni 2019 wurde von vielen Beobachtern auf eben eine solche absichtliche medizinische Unterversorgung zurückgeführt. Weitere politische Rückschritte in einer harten Autokratie sind auch in Bahrain zu verzeichnen. Das Königshaus regiert nach der Niederschlagung der Protestbewegung 2011 ausgesprochen repressiv und hat 2018 durch eine Änderung im „Gesetz zur Ausübung politischer Rechte“ ehemaligen Mitgliedern der beiden einzigen Oppositionskräfte, al-Wefaq und Wa’ad, jegliche weitere Kandidatur untersagt, nachdem die Bewegungen zuvor bereits aufgelöst worden waren.

Harte Autokratien prägen das politische Erscheinungsbild des Nahen Ostens und Nordafrikas, mehr als zwei Drittel aller Länder sind hochgradig repressiv. So sind im globalen Ranking des BTI zum politischen Transformationsstand gleich sieben der dreizehn schlechtesten Länder aus der Region: Iran, Jemen, Libyen, Oman, Saudi-Arabien, Sudan und Syrien. Unter 19 Ländern sind mit Libanon und Tunesien überhaupt nur zwei Demokratien vertreten. Das oftmals als Hoffnungsträger titulierte Tunesien weist dabei noch immer ausgeprägte Defizite auf, insbesondere im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, während der Libanon sogar als stark defekte Demokratie eingeordnet wird. Somit ist

der politische Transformationsstatus mit 3,60 Punkten erneut auf einem Tiefststand, und die politische Lage in der Region bleibt konfliktreich und undemokratisch.

Wirtschaftliche Transformation

In zahlreichen Ländern wirken sich lokale, regionale und internationale Konflikte fortdauernd negativ auf den wirtschaftlichen Transformationsstand aus. So hat der Bruch des Atomabkommens (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) seitens der USA im Mai 2018 für den Iran einschneidende ökonomische Auswirkungen gehabt. Kurz vor dem 40. Jahrestag ihres Bestehens ging das wirtschaftliche Transformationsniveau der Islamischen Republik um 0,61 auf 2,79 Punkte zurück, so dass eine Transformation hin zu einer sozial inklusiven Marktwirtschaft nur noch in spärlichen Ansätzen, also laut BTI-Kategorisierung „rudimentär“ zu erkennen ist. Die von den USA wieder eingeführten Sanktionen, insbesondere bezüglich des Rohstoffsektors, treffen die iranische Wirtschaft ins Mark, die sich zuvor vom JCPOA noch eine deutliche Verbesserung ihrer Handelsbeziehungen erhofft hatte. Stattdessen ging die volkswirtschaftliche Gesamtstärke deutlich zurück, und die steigende monetäre wie fiskalische Instabilität bereitet Sorgen. Der iranische Rial wertete deutlich gegenüber dem US-Dollar ab, die Inflation soll nach Schätzungen des IWF im Jahr 2019 mindestens 30% erreichen. Als Konsequenz der Wirtschaftskrise wird eine Ausweitung des informellen Sektors und ein Zuwachs der Armutsrate erwartet. Bereits jetzt gehen informelle Schätzungen von 15 bis 20 Millionen Iranern aus, die unterhalb der absoluten Armutsgrenze leben.

Der sozioökonomische Abwärtstrend trug dazu bei, dass am 28. Dezember 2018 Massenproteste in verschiedenen Städten Irans ausbrachen, die zwar nur bis Januar 2019 anhielten, aber als bedeutendste Protestmärsche seit den Aktionen der „Grünen Bewegung“ im Jahr 2009 gelten. Die Demonstranten forderten mehr politische, wirtschaftliche und soziale Teilhabe, und warfen erstmals nicht nur dem ultrakonservativen Klerus um Ayatollah Ali Khamenei Misswirtschaft und Machtmissbrauch vor, sondern ebenso den reformorientierten Kräften um Präsident Hassan Rouhani. Dies ist insofern eine neue Protestqualität, da bis dato die Demonstranten in der Mehrheit eigentlich die Reformkräfte unterstützten. Sollten sich die grundlegenden Politiken der Regierung nicht spürbar ändern, ist davon auszugehen, dass die Proteste immer wieder aufbrechen werden. In Kombination mit dem steigenden Kriegsdruck durch die US-Regierung und das regionalpolitisch zunehmend aggressiv agierende saudi-arabische Regime ist die zukünftige Entwicklung des Iran nur schwer vorhersagbar – die wiederum von zentraler Bedeutung für die gesamte politische und wirtschaftliche Situation am Persischen Golf sein wird.

Die Krise zwischen Katar und den meisten anderen Mitgliedsstaaten des Golfkooperationsrats belastet ebenfalls die regionale Stabilität, wenn auch in deutlich geringerem Ausmaß. Auch wenn die relativen Verluste Katars mit 0,14 Punkten vergleichsweise moderat wirken, so führen sie zu einer Abstufung im Status der wirtschaftlichen Transformation, der fortan lediglich als „fortgeschritten“ ausgewiesen wird. Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) sind im BTI 2020 die einzige verbliebene Volkswirtschaft der MENA-Region mit einem „weit fortgeschrittenen“ Transformationsstand.

Abgesehen davon sind die fünf obersten Plätze im BTI-Wirtschaftsrating der MENA-Region den ölasierten Volkswirtschaften am Golf vorbehalten – nach den VAE und Katar folgen neben Kuwait auch Bahrain und Saudi-Arabien auf den weiteren Plätzen. Kuwaits Fortschritte resultierten insbesondere aus Verbesserungen bei der Wettbewerbs- und Fiskalpolitik. Nach Erholung der Ölpreise erreichte auch die volkswirtschaftliche Leistungsstärke frühere Niveaus. So stellt Kuwaits mit 7,18 Punkten bewerteter wirtschaftlicher Transformationsstand zwar eine deutliche Verbesserung im Vergleich zum BTI 2018 dar (6,71), liegt aber immer noch unter dem Wert des BTI 2016 (7,32). Bahrain und Saudi-Arabien hingegen zählen schon zur Kategorie einer lediglich „eingeschränkten“ wirtschaftlichen Transformation.

Tab. 2: Entwicklungsstand der wirtschaftlichen Transformation

weit fortgeschritten Werte 10 bis 8	fortgeschritten Werte < 8 bis 7	eingeschränkt Werte < 7 bis 5	stark eingeschränkt Werte < 5 bis 3	rudimentär Werte < 3
Vereinigte Arab. Emirate	Katar ▼ Kuwait ▲	Bahrain Saudi-Arabien Tunesien Türkei Jordanien Marokko Oman Libanon Algerien	Ägypten Irak	Iran ▼ Libyen Sudan Syrien Jemen

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2020. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung des Wirtschafts-Status angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2018.

Beste nicht-ölasierte Volkswirtschaft ist mit einem Wert von 6,21 nun Tunesien, weniger allerdings aufgrund eigener leichter Verbesserungen im Bankenwesen, bei den Eigentumsrechten sowie bei der Gleichberechtigung. Vielmehr hat sich der wirtschaftliche Transformationsstand der vormals hochplatzierten Türkei mit einer Abwertung von -0,68 Punkten rapide verschlechtert. In gleich acht der insgesamt 14 Wirtschaftsindikatoren des BTI büßte die Türkei ein. Herauszuheben ist der deutlich unzuverlässiger gewordene Schutz der privatwirtschaftlichen Eigentumsrechte, nachdem die Regierung im Zuge der proklamierten Bekämpfung der Gülen-Bewegung in vielen Fällen offenbar willkürlich Besitztümer konfiszierte. Ähnliche Enteignungen wurden vermehrt in den kurdischen Gebieten der Türkei unter dem Deckmantel des Kampfs gegen die als terroristische Organisation eingestufte PKK durchgeführt. Überdies erlitt die türkische Volkswirtschaft bei internationalen Investoren und Geschäftspartnern durch das zunehmend erratische Verhalten der Regierung einen Vertrauensverlust: die Ernennung des Schwiegersohns von Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan, Berat Albayrak, zum Wirtschafts- und Finanzminister im Juli 2018 deuteten viele als Versuch, die türkische Wirtschaft stärker nach Gutsherrenart zu führen – Eingriffe in die Unabhängigkeit der Zentralbank inklusive. Die absoluten Wachstumswerte des Bruttosozialprodukts waren 2017 bereits rückläufig im Vergleich zum Vorjahr; im Verlauf des Jahres 2018 stürzte die Türkei in eine ernste Währungs- und Inflationen mit starken Abwertungen der türkischen Lira im Vergleich zu den internationalen Leitwährungen und einem parallelen Anstieg der Inflation auf bis zu 16,4%.

Das volle Ausmaß der türkischen Transformationseinbußen im BTI 2020 zeigt sich im Vergleich mit dem BTI 2014: vom damaligen Bestwert 7,46 (und ihrer Einstufung als „fortgeschritten“) ist die Türkei inzwischen um 1,35 Punkte abgestürzt, der Entwicklungsstand der wirtschaftlichen Transformation gilt seit dem BTI 2018 nur noch als „eingeschränkt“.

Oman hat ebenfalls maßgeblich an wirtschaftlichem Transformationsstatus verloren, und ähnlich wie in der Türkei resultiert dies wesentlich aus einem unzureichenden Schutz von Eigentumsrechten. Obwohl das Land Mitglied im Golfkooperationsrat ist, schränkte die Regierung im November die Eigentumsrechte von Bürgern der Golfkooperationsratsstaaten im Oman stark ein, um zu verhindern, dass Investoren aus den reichen Nachbarstaaten zu starke Kontrolle über omanische Wirtschaftssektoren bekommen. Dies hängt damit zusammen, dass Omans wachsende Abhängigkeit von ausländischen Geldgebern Befürchtungen über einen steigenden Einfluss Saudi-Arabiens sowie der VAE auslösten. Oman hat mit einem Minus von insgesamt 1,53 Punkten in den letzten zehn Jahren nicht nur kontinuierlich und deutlich an wirtschaftlichem Transformationsstatus im BTI eingebüßt, auch Rating-Agenturen stuften das Sultanat 2018 und 2019 sukzessive auf Ramschniveau ab.

Auch im Bereich der wirtschaftlichen Transformation besticht ein Blick auf die Unterschiedlichkeit Algeriens und Sudans: während Sudan weitere Rückschläge zu verzeichnen hatte und nun mit 2,11 auf einem Allzeittiefpunkt angekommen ist, war Algerien im Untersuchungszeitraum ökonomisch im Aufwind und verbesserte sich im Vergleich zum BTI 2018-Ranking leicht um 0,14 Punkte auf 5,36. In Reaktion auf den Einbruch der Rohstoffpreise erarbeitete die algerische Regierung eine fiskalpolitische Strategie für die Jahre 2017 bis 2019, die Maßnahmen zur Verbesserung privatwirtschaftlicher Aktivitäten und ökonomischer Diversifizierung einschloss. So wurden bis 2019 Verbesserungen bei der Elektrizitätsversorgung erreicht, unter anderem durch erhöhte Investitionen in erneuerbare Energien. Sudan konnte hingegen nicht von der Aufhebung der US-Sanktionen im Oktober 2017 profitieren, lediglich China engagiert sich als ausländischer Investor im nennenswerten Ausmaß: im Gegenzug für günstiges sudanesisches Öl versorgt die weltweit größte Volkswirtschaft das Land am Nil mit billig produzierten Waren des täglichen Bedarfs. Fragen der Gleichberechtigung oder des Umweltschutzes finden im Sudan derweil keinerlei Berücksichtigung. Im Zuge einer größeren Regierungsumbildung im September 2018 löste Omar al-Bashir das bisherige Umweltministerium gar gänzlich auf – offenbar aus Sparerwägungen heraus.

Finanzielle Schwierigkeiten sind ein zunehmendes Problem in zahlreichen Ländern der Region. Marokkos Schulden der öffentlichen Hand erreichten 2017 65,2% und in Tunesien 77,0% des BIP; fiskalpolitisch besonders problematisch sind die Werte für Ägypten (92,6%), Jordanien (94,2%) und Libanon (150,9%). In allen Ländern haben die Verschuldungswerte über die vergangenen zehn Jahre stark zugenommen – die Einfallstore für ausländische Abhängigkeiten weiten sich. Im Falle Bahrains ist das besonders ausgeprägt: lag die öffentlich Verschuldung im Jahr 2008 noch bei 12,6%, war diese bis 2018 auf 93,4% gestiegen.

Insgesamt fällt im Langzeitvergleich eine zunehmende Spreizung und Ungleichheit der Volkswirtschaften in der MENA-Region auf. Lagen etwa im BTI 2010 zwischen dem best- und schlechtestbewerteten Land (Katar mit 7,93 gegenüber Irak mit 3,68) 4,25 Punkte, hat sich dieser Abstand im

aktuellen BTI 2020 deutlich erweitert: zwischen den bestplatzierten VAE (8,00) und dem schlechtestplatzierten Jemen (1,54) beträgt die Differenz nunmehr 6,46 Punkte. Daraus lassen sich zwei Schlussfolgerungen ableiten: Zum einen haben die sich stärker ausdifferenzierenden wirtschaftlichen Kapazitäten ohne Zweifel erheblichen Einfluss auf die politischen Einflussmöglichkeiten: Bagdad, Damaskus und Kairo, ehemals die führenden Zentren der arabischen Welt, werden weiterhin und auf lange Zeit von den Herrschern in Abu Dhabi, Doha und Riad abhängig sein. Die Petrodollars machen regionsweit Politik – leider oftmals keine gute. Hieran schließt zum anderen an, dass der gestiegene und teils konkurrierende Einfluss der ölreichen Golfstaaten in zahlreichen Fällen eher konfliktsteigernd wirkt und die daraus resultierende politische Instabilität auch wirtschaftliche Transformationsfortschritte behindert. Insofern ist davon auszugehen, dass die Ungleichheit zwischen den regionalen Volkswirtschaften derzeit fortgeschrieben wird.

Governance

Das von reichen Ölstaaten betriebene gezielte Unterstützen von Milizen und militanten Gruppierungen in Irak, Jemen und Syrien, aber auch anderen Ländern hat den innerstaatlichen Konflikten eine starke regionale Komponente gegeben. Mit Ausbruch der „Katar-Krise“ im Sommer 2017 zeigte sich deutlich, dass das zunehmende Eingreifen der intervenierenden Länder, einerseits Saudi-Arabien und die VAE und andererseits Katar und Iran, in einer rivalisierenden und konfliktreichen Weise erfolgt, die den Frieden in der Region zusätzlich bedroht. Erneut sanken in der Mehrzahl der untersuchten Länder die Werte für internationale Zusammenarbeit.

Insgesamt verharren die Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas im Governance-Index auf einem sehr niedrigen Niveau. Im Durchschnitt senkt sich die Bewertung der regionalen Regierungsleistungen noch einmal leicht auf ein Allzeittief von 3,69 Punkten. Mit Abstand größter Verlierer war der Iran im Zuge der Krise um das Atomabkommen (-1,06), gefolgt von der Türkei (-0,67) und dem Sudan (-0,50).

Tab. 3: Qualität der Governance

sehr gut	gut	mäßig	schwach	gescheitert
Werte 10 bis 7	Werte < 7 bis 5,6	Werte < 5,6 bis 4,3	Werte < 4,3 bis 3	Werte < 3
		Katar	Türkei ▼	Libyen
		Tunesien	Libanon	Iran
		Vereinigte Arab. Emirate	Ägypten	Jemen
		Irak	Saudi-Arabien	Sudan
		Jordanien	Oman	Syrien
		Kuwait	Bahrain	
		Algerien		
		Marokko ▲		

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2020. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung im Governance-Index angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2018.

Lediglich zwei Regierungen verbesserten ihre Governance-Leistungen deutlich: Irak (+0,57) und Libanon (+0,50). Bestgeführte Länder sind Katar (5,46) und Tunesien (5,43), gefolgt von den VAE (5,35) – aber auch diese drei führenden Länder sind im globalen Vergleich mit den Plätzen 46, 49 und 54 lediglich besseres Mittelmaß. Erneut ist kein Land der MENA-Region in den beiden BTI-Topkategorien „sehr gutes“ oder wenigstens „gutes“ Transformationsmanagement vertreten. Geseitertes Transformationsmanagement wird hingegen gleich fünf Staaten attestiert: Libyen, Iran, Jemen, Sudan und Syrien. Schlechter eingeschätzt als Bashar al-Assad's Regierung wird im globalen Fokus des BTI 2020 nur noch die Regierung Eritreas unter Präsident Isaias Afewerki. Hingegen hat kein Land seit Ausbruch des Arabischen Frühlings stärker an Regierungsleistungen eingebüßt als der Jemen: mit damaligen 4,50 Punkten wurde der Regierung immerhin „mäßige“ Regierungsleistungen bescheinigt. Abgestürzt auf 1,63 Punkte ist von diesen Leistungen heute nichts mehr zu sehen. Ähnlich die Entwicklung in Libyen, dessen Governance sich im gleichen Zeitraum von 4,15 auf 2,31 verschlechterte sowie, wenngleich auf ungleich höherem Niveau, die Türkei mit ihrer rapiden Abstufung von ehemals 6,69 auf nun 4,05.

Im Gegensatz dazu hatte sich der Iran im Vergleich des BTI 2014 mit dem BTI 2018 von ursprünglich 1,92 auf 2,85 zunächst stark verbessert, im Wesentlichen aufgrund des Wechsels von Mahmoud Ahmadinejad zu Hassan Rouhani im Amt des Staatspräsidenten. Nun aber wurden durchgängig bei jedem Kriterium Verschlechterungen festgestellt: seien es die Steuerungsfähigkeit oder die Ressourceneffizienz, die Fähigkeit zur Konsensbildung oder die internationale Kooperation. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Ausscheiden der US-Amerikaner aus dem Atomabkommen schwerwiegende Konsequenzen hervorgerufen hat, die im Falle einer positiveren Washingtoner Herangehensweise so vermutlich nicht eingetreten wären; letztlich hat die Enttäuschung über das „gebrochene Versprechen“, so die vorherrschende iranische Sicht, insbesondere die Hardliner gestärkt. Unter starkem außenpolitischen Druck, ökonomischen Schwierigkeiten mit einer damit einhergehenden verbreiteten regimekritischen Bevölkerung und mit einer verstärkten Wagenburgmentalität der Falken und konservativen Kleriker erhöhen sich im 40. Jahr ihres Bestehens auch die innenpolitischen Spannungen in der Islamischen Republik, mit ungewissem Ausgang.

Nachbarland Irak hat währenddessen starke Verbesserungen erzielt, dank der Zurückdrängung des „IS“, aber insbesondere dank der neuen Regierung unter Ministerpräsident Adel Abdul-Mahdi. Unter dem ersten Regierungschef, der nicht der schiitischen Da'wa-Partei angehört, haben sich die Koordination innerhalb der Regierung und das Konfliktmanagement gebessert. Ihm gelang es, in dialogorientierter Weise die Spannungen zwischen arabischen und kurdischen Landesteilen zu entschärfen, die unter der Vorgängerregierung im Zusammenhang mit dem Referendum über eine Unabhängigkeit Irakisch-Kurdistan im Sommer 2017 noch militärisch ausgetragen worden waren – mit Kämpfen insbesondere um die ölreiche Stadt Kirkuk.

Die Frage des Umgangs mit kurdischem Separatismus war ebenfalls von Bedeutung für die Regierungsleistung der Türkei. Die türkische Regierung betrachtete die kurdischen Erfolge in der Bekämpfung des „IS“ als eine Stärkung der PKK und eine Bedrohung der eigenen territorialen Integrität. Gleichzeitig eskalierte sie diesen Konflikt aus innenpolitischen Gründen bewusst, um durch eine polarisierende Lagerbildung eine größere Geschlossenheit der eigenen Anhängerschaft zu erlangen.

Wurde der Regierung Erdoğan vor sechs Jahren noch bescheinigt, eine Eskalation bestehender Konflikte verhindern zu können, so ist sie seit Aufkündigung des Waffenstillstands mit der PKK 2015 und der innenpolitischen Eskalation seit dem gescheiterten Putschversuch 2016 selber der vielleicht wichtigste Akteur in der Vertiefung gesellschaftlicher Konfliktlinien. Viele AKP-Regierungsmitglieder intensivieren einen populistisch-nationalistischen Diskurs, der die Türkei von innen wie außen bedroht sieht. So richtet sich die Regierung mit scharfer Rhetorik gegen die Gülen-Bewegung, deren Anhänger massenhaft aus öffentlichen Positionen entlassen wurden oder harte Gerichtsurteile erhielten, die viele Beobachter als jenseits jeglicher juristischen Zulässigkeit sehen. So ist die Türkei auch im Governance-Index der große Verlierer. Im BTI 2014 lag sie mit einer Bewertung von 6,69 als klar bestregiertes Land der Region auch im globalen Maßstab noch im Spitzenfeld (Position 14). Nun aber kommt der BTI 2020-Türkeibericht zu dem eindeutigen Urteil, dass sich die Regierung „von demokratischen Prinzipien verabschiedet“ habe. Dies gelte insbesondere seit der Umstrukturierung der Türkei von einem ehemals strikt parlamentarischen zu einem semi-präsidentiellen System mit starkem Präsident: dieses „à la Turca“-präsidentielle System beinhalte alle Eigenschaften eines willkürlichen und althergebrachten autoritären Systems, das nahezu keinen Raum für alternative Ansichten oder Kritik lasse“, so der Bericht im Abschnitt „Policy learning“. Mit einem Wert von 4,05 liegt die türkische Regierung im Governance-Index damit hinter den Regierungen Marokkos (4,40) und Algeriens (4,42), und rangiert damit unter den Ländern mit lediglich „schwacher“ Governance-Leistung.

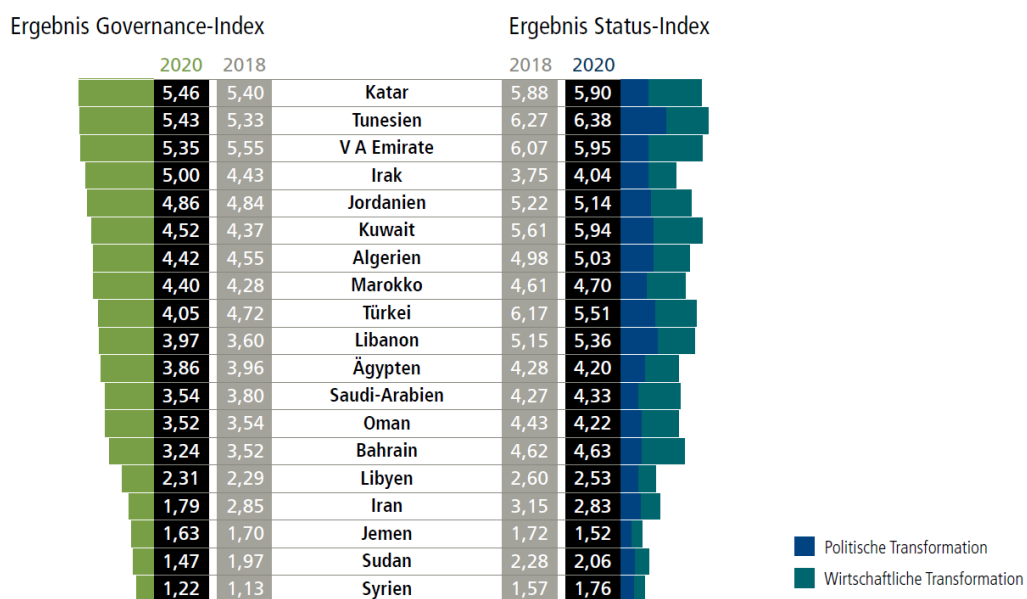
Algerien wird eine „mäßige“, leicht rückläufige Governance-Leistung bescheinigt. Grund dafür war insbesondere eine Abstufung bei der internationalen Glaubwürdigkeit, denn die sich hinziehenden Überlegungen über eine erneute Kandidatur des von Alter und Krankheit schwer gezeichneten Bouteflika, die überdies gegen die Prinzipien der algerischen Verfassung verstoßen hätte, traf auf wenig Wertschätzung im Ausland wie im Inland. Offenbare Konflikte innerhalb der herrschenden Elite sorgten auch für weniger Entscheidungsfähigkeit und somit für eine Abstufung beim Indikator „Priorisierung“. Der Sudan, das andere Umsturzland des Jahres 2019, liegt mit einem Wert von 1,47 auf Rang 133 hingegen am unteren Ende der globalen Vergleichsskala; in absoluten Zahlen bedeutet dies mehr als eine Halbierung der bestehenden Bestnote Sudans aus dem BTI 2010, in dem Bashirs Regierung noch mit 3,27 bewertet worden war.

Ob so eben noch mit mäßiger Regierungsleistung wie in Algerien oder gar mit scheiternder Governance wie im Sudan: Nordafrika und der Nahe Osten werden nahezu durchgängig schlecht regiert, mit zumeist sogar noch sinkender Tendenz. Mit sehr wenigen Ausnahmen von konsensorientierten (Tunesien) oder effizienten (Katar, VAE) Regierungen sowie einer stark verbesserten Governance im Irak sind wenig Lichtblicke zu verzeichnen. So groß die Spanne zwischen sehr mäßigen Regierungsleistungen in Algerien und komplettem Governance-Versagen im Sudan auch scheinen mag, so ähnlich sind die Anliegen der protestierenden Bevölkerung: Transparenz, Mitspracherecht, soziale Inklusion und wirtschaftliche Perspektiven sind bislang fast überall uneingelöste Versprechen geblieben.

Ausblick

Der BTI 2020 verheißt für die Region des Nahen Ostens und Nordafrikas wenig Neues, und damit wenig Gutes: Nennenswert ist vor allem der seit dem BTI 2012 schleichende und seit dem BTI 2016 rapide Abstieg der Türkei, die in allen drei Teilindizes zu den weltweit stärksten Verlierern gehört. Fortan wird die Türkei im BTI als Autokratie geführt, und gilt regional wie auch im globalen Maßstab nur noch als Mittelmaß (Platz 77 bei der politischen Transformation, Platz 50 bei der wirtschaftlichen Transformation, Platz 95 im Governance-Index), nachdem sie lange ein demokratisches Aushängeschild der Region war und sogar global betrachtet Spitzenplätze erzielte.

Tunesien und Libanon sind die verbliebenen Demokratien der Region, doch auch hier gilt es zu relativieren: Tunesien befindet sich mit Kosovo und Peru auf dem geteilten Rang 49, und der Libanon auf Rang 75 weist von allen Demokratien weltweit den schlechtesten politischen Transformationsstand auf, hinter Ländern wie Lesotho (Rang 71), Bosnien-Herzegowina (Rang 67) oder Kirgistan (Rang 57). Beide Länder weisen bedeutende Demokratiedefizite gerade im rechtsstaatlichen Bereich auf, im Falle Libanons erschwert durch eine hohe politische Instabilität und eine stark beschränkte effektive Regierungsgewalt.



Wirtschaftlich befindet sich die Gesamtregion seit Ausbruch des Arabischen Frühlings stark im Abwind. Der im BTI 2020 erzielte regionale Durchschnittswert für wirtschaftliche Transformation lag bei 5,03 Punkten, und damit deutlich niedriger als im BTI 2010 (5,86 Punkte) oder im BTI 2012 (5,84 Punkte). Dabei werden die Ergebnisse durch die kleinen, teils allerdings ebenfalls schwächelnden Golfmonarchien noch nach oben gezogen; ohne Bahrain, Katar, Kuwait, Saudi-Arabien und die VAE läge das regionale Durchschnittsniveau nur bei 4,29 – also in etwa entsprechend dem wirtschaftlichen Transformationsstand von Mali und Sierra Leone, die jeweils 4,32 aufweisen.

Für den Governance-Index gilt das Gleiche: seit dem BTI 2010 ist regionsweit ein beständiger Rückgang zu verzeichnen, von ehemals 4,18 auf nun 3,69. Natürlich ist dafür zu einem guten Teil der Niedergang in den Bürgerkriegsländern Jemen, Libyen und Syrien verantwortlich. Aber auch ohne diese drei inzwischen „zerfallenden Staaten“ wäre die Region im Governance-Ranking zurückgefallen: die verbleibenden 16 Ländern hatten im BTI 2010 einen Durchschnittswert von 4,35, der bis zum aktuellen BTI 2020 beständig auf 4,06 gefallen ist. Damit läge die Gesamtregion abzüglich der drei gescheiterten Staaten im Bereich der Staaten mit „schwacher“ Governance-Leistung, auf einem Niveau mit Nigeria oder Thailand (4,04).

Insofern bringt der BTI 2020 mit Ausnahme der Abstufung der Türkei zur Autokratie wenig wirklich Neues – der Trend der vergangenen Jahre wurde schlicht fortgeschrieben. Dies aber bedeutet, dass die grundlegenden strukturellen Probleme der Region, wie elitäre Machtzirkel, Korruption, Bevölkerungswachstum gerade in den ärmeren Bevölkerungsschichten und fragile Sicherheit, nicht gelöst, sondern fortgeschrieben werden.

Unter diesen Vorzeichen müssen die jüngsten Massenproteste in Algerien und Sudan in der Tat skeptisch beurteilt werden, zu sehr erinnern die Geschehnisse an die Ereignisse des Jahres 2011, die mit Ausnahme Tunesiens keine Besserungen gebracht, sondern im Gegenteil eher zu Rückschritten in allen Bereichen geführt haben. Schon jetzt ist erkennbar, dass sich die Machthaber beider Staaten nach der Absetzung der langjährigen Staatspräsidenten Bouteflika und al-Bashir insbesondere am ägyptischen Regime orientieren, welches vorgemacht hat, wie man derartige Massenproteste nahezu unbeschadet übersteht. Insofern ist die Euphorie nach den Umstürzen in Algerien und Sudan auch vergleichsweise schnell verflogen. Die Region bleibt fast vollständig im harten Griff der Autokraten und hat transformationspolitisch einen neuen Tiefststand erreicht.